

Zeitschrift: Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung
Herausgeber: Schweizerische Friedensgesellschaft
Band: - (1912)
Heft: 23-24

Artikel: Pazifistische Rundschau
Autor: Schulthess, Konrad
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-802773>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

zu; alle Völker schauen hoffend und vertrauend gen Basel.» Wie stimmt dieser Passus zu der Sympathieadresse der Sektion Basel an die Kongressteilnehmer?

Wie dankbar könnte ich den Kongressteilnehmern sein, wenn ich durch ihre zweifellos aufrichtige und wohlgemeinte Willenskundgebung auch nur teilweise von meiner Sorge um die friedliche Herbeiführung des internationalen Rechtszustandes befreit würde! Die Kongressbeschlüsse sind zu dehnbar gefasst, um darin eine Garantie für die friedliche und gesetzliche Entwicklung des internationalen Rechtsgedankens zu erblicken. Der Kampf gegen den Krieg wird von den sozialistischen Führern, ohne Rücksicht auf die bestehenden Gesetze, mit Gewaltmitteln geführt, direkte Verweigerung der Militärkredite, der Dienstpflicht und neuestens dem Generalstreik im Kriegsfall. Alle diese Faktoren sind unbestreitbar geeignet, den Krieg unmöglich zu machen und die Regierungen zu bestimmen, der Einführung des internationalen Rechtes vermehrte Aufmerksamkeit zu schenken; denn das Vertrauen auf die Waffengewalt ist damit tief erschüttert. Die Ereignisse auf dem Balkan zeigen uns deutlich genug die Resultate der vernachlässigten und unzuverlässigen Organisation der türkischen Wehrkraft einerseits und des mit Einmut und Entschlossenheit geführten Kampfes der Balkanvölker andererseits. Diese Erfahrungen und die Basler Kundgebungen zusammen sollten doch endlich die Regierungen bestimmen, das Obligatorium des Schiedsgerichtes mit der solidarischen Garantie der Urteilsvollziehung an die Stelle der Waffengewalt zu setzen. So originell die sozialistische Bekämpfung des Krieges auf den ersten Blick erscheint, so verwerflich und gefährlich ist dieselbe, wenn man sie näher prüft. Denken wir uns das heute bestehende Vertrags- und Bündnisverhältnis der Staaten unter sich und die bestehenden Konventionen oder Weltverträge, durch welche die gegenseitigen und gemeinsamen Interessen geregelt sind. Denken wir, dass die Staaten als solche bis heute noch keiner anerkannten Gerichtsinstanz unterstellt und deshalb gleichsam einander rechtlos gegenübergestellt sind. Sie sind zum Schutze ihres Rechtes auf das bis heute einzige Mittel angewiesen, auf die Waffengewalt.

Es könnte nun vorkommen, dass sich zwei Staaten wegen angeblicher nationaler Interessen den Krieg erklären. Im einen Staate, wo die Proletarier gut organisiert sind, würde der Generalstreik und die Dienstverweigerung proklamiert und durchgeführt, im andern Staate wäre das Proletariat verhetzt und irreführt und würde die Regierung zum Kriege zwingen. In diesem Falle würde sich also zu der Rechtlosigkeit des ersteren Staates noch die Wehrlosigkeit gesellen. Sollte aber der Streik in beiden Staaten konsequent durchgeführt werden, so würde auch dann ein Zustand geschaffen, welcher zu nichts weniger geeignet wäre als zur Garantie des Weltfriedens; denn der Konflikt würde nach wie vorher bestehen. Auch die organisierten Friedensgesellschaften protestieren ja unablässig gegen den Krieg und gegen die stete Vermehrung der Militärausgaben; denn diese letzteren sind die Ursache der Massenverarmung, und aus dieser wächst der soziale Antimilitarismus in erschreckender Weise heraus. Ich erblicke in dem Vorgehen der sozialistischen Friedensbewegung nur insoweit eine Mithilfe im Kampfe gegen den Krieg, als sie die Regierungen notgedrungen auf eine weitere Gefahr für die Landesverteidigung aufmerksam macht. Darin täuscht sich aber die Redaktion der «Appenzeller Volkswacht» sehr, wenn sie meint, dass durch die Basler Weltkundgebung das Proletariat das granitene Fundament für die Abrüstung der Zukunft geschaffen habe und dass die bürgerlichen Friedens-

gesellschaften ihre Bemühungen als gescheitert betrachten und dieselben, als Erbe, in die starke Hand des Proletariates legen. Wir sind überzeugt, dass der Abrüstung die Rechtssicherheit vorauszugehen hat und die erstere nur sukzessive in der Masse stattfindet, in dem sich die letztere entwickelt. Wir sind überzeugt, dass der Tag der Verwirklichung des Völkerfriedens kommen muss. Es entsteht nur die Frage, wie wird er kommen? Wird er kommen als ein Tag des Gerichtes, das der Militarismus auf sich selbst heraufbeschworen hat, oder wird er kommen, herbeigeführt durch die friedliche Verständigung der Völker, wie man dies vom zwanzigsten Jahrhundert erwarten dürfte? Hoffen wir das letztere und treffen wir beizeiten Vorbereitungen zur Verhütung des ersteren. Dazu wird aber keine Macht unter dem Himmel, keine menschliche Hilfe und keine Vereinstätigkeit überflüssig sein. Wir wollen kämpfen im Interesse unserer Nachkommen und im Vertrauen auf Gottes Beistand, damit vielleicht ein späteres Christentum fröhlichere Weihnachtsfeste zu verzeichnen hat, als es im Jahre 1912 der Fall sein kann.

K. Rüd.

—o—

Pazifistische Rundschau.

Von Konrad Schulthess, Zürich.

Schier von nichts anderem als von Mord und Raub, von Sengen und Brennen, von tobendem Krieg und drohendem Weltenbrand, von verheerenden Seuchen, Hungersnot und himmelschreiendem Elend aller Art wussten die Zeitungen während der vergangenen Wochen zu berichten. Nicht genug daran, dass sich auf dem Balkan fünf Völker in greuelvollen Schlächtereien zerfleischten! Nein, nicht genug daran! Nun rüstete auch Oesterreich-Ungarn, es rüstete Rumänien, Russland, auch Deutschland, Frankreich, England, selbst die Kleinstaaten, alles, alles, ganz Europa rüstete, mobilisierte, machte sich bereit zum Losschlagen, zum fürchterlichsten Vernichtungskrieg, den unser Erdteil je gesehen hätte. Alle niedern Triebe und Kräfte, Selbstsucht, Gewalttätigkeit, Hass, Grausamkeit, die im Menschen schlummern, alle schienen aufgepeitscht, entfesselt und drohten, in *einem* schrecklichen, wahnsinnigen Ansturm niederzureissen, zu zerstampfen, zu vernichten, was die Menschen in jahrtausendlanger, unverdrossener, mühevoller Arbeit unter Leiden und Kämpfen sich errungen hatten. Was Wunder, wenn man glaubte, das Ende europäischer Kultur, wohl der Kultur überhaupt, sei gekommen!

Allein unter dem betäubenden Eindruck der sich überstürzenden Ereignisse, unter der Furcht vor dem drohenden Weltbrand wurde etwas anderes fast ganz ausser acht gelassen: *der Schrei, das Sehnen der Völker nach Frieden.*

Wohl noch nie sind so gewaltige Menschenmassen, so furchtbare Mordmaschinen und -werkzeuge in Bewegung gesetzt worden, um im gegebenen Zeitpunkt auf andere Menschenmassen losgelassen zu werden zum schrecklichen Morden wie gerade in diesen Tagen. Aber noch nie ist auch der Unsinn des sogenannten bewaffneten Friedens und vor allem der Friedenswille der Völker so klar und so machtvoll zutage getreten, wie gerade in diesen letzten Wochen.

Nun sehen es auch die eingefleischtesten Zweifler mit eigenen Augen, müssen es sehen, dass das alte Römerwort «*si vis pacem, para bellum*», mit dem unsere Militaristen immer und immer wieder erfolgreich hausieren gingen, *heute keine Gültigkeit* mehr hat. Denn keiner der bis an die Zähne bewaffneten

europäischen Grossstaaten ist gesichert davor, dass er nicht von dem «furchtbaren Schrecknis» des Krieges heimgesucht wird, trotz der Millionenheere und trotz der so raffiniert erdachten und konstruierten Mordmaschinen. Oder vielmehr — gerade deswegen. Denn, wer den Frieden will, der darf die Menschen nicht zum Krieg erziehen, nicht Hass und Verachtung und Misstrauen gegenüber den andern Nationen ihnen einpflanzen, vielmehr muss man in ihnen Verständnis zu wecken suchen für die Eigentümlichkeiten und Interessen anderer Völker, wodurch ein gegenseitiges wohlwollendes Sichverstehen und Vertrauen entstehen kann, auf dem allein der wahre Frieden beruht. Was man heute als Frieden ansieht, ist ein fauler Frieden, ein blosser Waffenstillstand, ein latenter Krieg, um deutlich zu sein. Darum ist der «Frieden» auch nie «gesichert», wie man zu sagen pflegt, kann es nicht sein, auch nicht durch die grössten Rüstungen. Solange die Anarchie, das Faustrecht herrscht in der Staatenwelt, solange wird und kann kein wirklicher Frieden sein zwischen den Völkern, sondern erst dann, wenn die Beziehungen von Staat zu Staat durch eine allgemein anerkannte Rechtsordnung geregelt werden.

Das ist es, was die gegenwärtige Krisis aller Welt so eindrucksvoll zeigt, und wäre dies das einzige, das die Ereignisse auf dem Kontinent uns lehren, es wäre wahrlich viel.

Indes, nicht nur lernen wir heute, was zu *geschehen hat*, sondern es *geschah* und geschieht auch *viel Erfreuliches* jetzt, in diesen letzten Tagen, Wochen, Monaten. Fast wäre ich versucht zu sagen, der Pazifismus habe noch nie so grosse Siege gefeiert wie in diesem Herbst. Was haben wir nicht alles erlebt in dieser kurzen Spanne Zeit! Durch den *Friedensvertrag von Lausanne* ist dem tripolitanischen Raubzuge ein Ende gesetzt worden, und zwar, man darf wohl sagen, unter auch für die Türkei annehmbaren und ehrenvollen Bedingungen. Der im Verlaufe dieses italienischen Kolonialabenteuers zwischen *Italien* und *Frankreich* entstandene Konflikt, der, wie erinnerlich ist, so grosse Aufregung verursachte, wurde vor das *Haager Schiedsgericht* gebracht und meines Wissens entschieden. Gleichfalls im Haag wurde der schon lange dauernde *Streit* zwischen der *Türkei* und *Russland* betreffend die Verzugszinsen aus der Kriegsentschädigung von 1878 zugunsten der ersteren erledigt. Unser Gesandter in Paris, *Lardy*, amte dabei als Obmann und zugleich als einzig (!) Unparteiischer des Schiedsgerichts. Auch in der «hohen» Politik dringt allmählich der pazifistische Gedanke durch. So ist nun glücklich zwischen *Frankreich* und *Spanien* ein Abkommen geschlossen worden, das die beidseitigen Interessensphären in *Marokko* abgrenzt und diesen Keim ewiger Zwischenfälle und Streitigkeiten zwischen den beiden Völkern endgültig aus der Welt schafft. Ganz besonders erfreulich sind die Bemühungen des französischen Ministerpräsidenten *Poincaré* um das Zustandekommen einer Einigung der Grossmächte zwecks Verhinderung bzw. Lokalisierung des Balkankrieges. Bemerkenswert ist, was *Poincaré* am Schlusse einer Rede, in der er über die Schritte der französischen Regierung zur Beilegung des Balkankrieges sprach, ausführte. Die Worte mögen hier stehen :

«Wenn aus so viel Willensanstrengungen, die auf richtig auf die Aufrechterhaltung des Friedens verwandt worden sind, der schrecklichste Krieg hervorgehen könnte, der über Europa jemals hereingebrochen ist, so wäre das ein Schlag gegen den gesunden Menschenverstand der Mächte.»

Nun, ich persönlich habe an den «gesunden Menschenverstand der Mächte» geglaubt und glaube noch jetzt daran. Wenn auch die Grossmächte «zu spät» kamen, um den Krieg auf dem Balkan zu verhindern, das Feuer wird nicht weiter um sich greifen, das ist meine feste Ueberzeugung, dafür werden die Völker selbst sorgen, wenn es die Regierungen nicht verhüten wollen oder können. Davon weiter unten. Vorerst noch eine kurze Feststellung. Hat auch die französische Regierung das Ziel nicht erreicht, das sie zu erreichen trachtete, so haben wir doch die Genugtuung zu sehen, wie sich infolge dieser Bemühungen, den Krieg zu verhindern, eine *merkliche Annäherung* zwischen *Deutschland* und *Frankreich* vollzogen hat. Schulter an Schulter haben beide Mächte für die friedliche Lösung der Balkanfragen, und dann, als dies nicht gelungen, für die Lokalisierung des Kriegsbrandes zu wirken gesucht, indem sie ihre Freunde und Bundesgenossen zu Ruhe und Mässigung mahn-ten, und — anscheinend — mit Erfolg. Das ist eine so erfreuliche Tatsache, dass man eigentlich nicht recht begreift, wieso sie fast gar nicht beachtet wurde. Der Grund mag wohl darin liegen, dass eben die Gemüter allzu sehr mit dem Gespenst eines allgemeinen Kriegsbrandes sich beschäftigten. Auch zwischen *Deutschland* und *England* ist infolge des Meinungsaustausches über die europäische Lage eine Annäherung erfolgt. Ja, Kiderlen-Wächter erklärte anlässlich der Debatte im Reichstage über auswärtige Politik sogar, dass während der ganzen Krisis die Beziehungen zwischen den beiden Ländern «*besonders vertrauensvoll*» gewesen seien. Wahrlich eine Kundgebung von nicht zu unterschätzender Bedeutung! Nimmt man zu diesen zwei Tatsachen noch die andere hinzu, die engen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland, so wird man wohl sagen dürfen, dass die Differenzen, die infolge des Balkankrieges zwischen den Mächten entstanden oder noch entstehen, vor allem der österreichisch-serbische Konflikt, auf friedlichem Wege beigelegt werden können. Diese Ansicht wird noch gekräftigt durch die überaus präzise Erklärung des deutschen Reichskanzlers im Reichstag, die ein deutliches Abwinken an die Adresse Oesterreichs darstellte, das glaubte, nur so ohne weiteres über Deutschland zu seinen Gunsten verfügen zu können.

So sehen wir denn zu unserer Freude und — Genugtuung, wie der Gedanke des Pazifismus trotz der schweren und kriegerischen Zeitläufe nicht nur nicht verschwunden ist, sondern vielmehr sich überall siegend durchringt und schon bis hinein in die Kabinette gedrungen ist, wo — leider immer noch — über Wohl und Wehe der Völker souverän entschieden wird. Wenn also einerseits die Friedensidee bis in die obersten Spitzen der Regierung sich ihren Siegeszug gebahnt hat, so noch weit mehr in den breiten Massen des Volkes. Des Volkes, das immer noch für die Interessen kleiner, aber einflussreicher und unheilvoller Cliques seine Haut zu Markte tragen soll. Wer ist nicht eins mit diesen Leuten, wenn sie sich auflehnen gegen das Ansinnen, das die Regierungen resp. deren unverantwortliche Hintermänner an sie stellen! «Krieg dem Kriege!», so scholl es brausend durch die Völker Europas, derweilen die gesamte Diplomatie am Ende war mit ihrem Latein und sich bankrott erklären musste, da sie den Krieg nicht verhüten konnte oder wollte. «Krieg dem Kriege!» so tönte es aus ungezählten Versammlungen in allen wichtigen Städten des Erdteils. «Krieg dem Kriege!» verkündeten die Abgeordneten von Millionen aller Völker im ehrwürdigen Münster zu Basel.

Es geht ein Schrei nach Frieden durch die Welt, sagte ich am Anfang. Aber es ist nicht nur ein Schrei der Empörung, es ist auch ein siegverheissender, frohlockender Ruf, denn noch nie waren die Völker so einig und so festen Willens, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Herrschaft des Stärkeren, der Gewalt, aus dem Leben der Völker zu verdrängen und an deren Stelle das Recht aufzurichten. Und es wird ihnen gelingen, das sind wir gewiss. Und denken wir ferner an das allgemeine Bestreben der Völker ganz Europas, den durch den Krieg so schrecklich Heimgesuchten zu Hilfe zu eilen, das grässliche Elend so viel als möglich zu lindern ohne Ansehen der Rasse und Religion, so dürfen wir doch zu unserer Freude bekennen: *das ist das Werden der Menschheit!*

—o—

Gute Nachbarschaft mit Italien.

Ein alter, im Volke allgemein verbreiteter Grundsatz lautet: Man solle mit seinen Nachbarn gute Freundschaft halten und mit denselben im Frieden auskommen. Das Gegenteil davon bringe Kummer, Leiden und Unglück. — Gilt dieser Grundsatz für den Einzelnen, so darf er jedenfalls auch Anwendung finden für die Gesamtheit, den Staaten gegenüber.

In letzter Zeit macht man die unangenehme und betrübende Erfahrung, dass die schweizerische und italienische Presse gegeneinander etwas empfindlich und reizbar geworden sind. Geht es in diesem Tenor weiter, so erwächst im Volke Misstrauen und gegenseitige Missstimmung. Ich möchte nun in keiner Weise massvolle, objektive und gerechte Kritik verpönen. Im Gegenteil, eine solche dürfte gegenseitig nur von Nutzen sein. Allein ich möchte an das hohe Amt und die hehre christliche Aufgabe der Presse erinnern, für Frieden, Toleranz, Menschenliebe, Recht und Wahrheit einzustehen, Gegenteiliges zu bekämpfen und Volk und Regierungen nicht unnötigerweise zu beunruhigen. Die Presse möchte sich fortwährend ihrer grossen Verantwortlichkeit bewusst bleiben und nie in den Fall kommen, sich ein Verschulden beimessen zu müssen.

Stichhaltige oder berechtigte Gründe zu einer Beunruhigung sind meines Erachtens gegenwärtig nicht vorhanden. Die schweizerische und die italienische Regierung stehen einander freundschaftlich und wohlwollend gegenüber. Wie wohlthuend, ich möchte sagen, geradezu liebenswürdig haben die italienische Regierung und das Parlament in der Kammersitzung vom 18. Juni 1912 durch den Berichterstatter Hrn. Strigari am Schlusse seines Referates über den Gotthardvertrag sich ausgesprochen. Die Genehmigung des Vertrages sei u. a. ein Entgegenkommen gegenüber den Absichten der deutschen Nation und „eines Volkes, klein an Zahl, aber gross durch die Weisheit seiner Beschlüsse, durch den wunderbaren Gebrauch seiner natürlichen Energie, durch seine hohe Kultur und dadurch, dass es während Jahrhunderten das Bollwerk der Freiheit war und das unverletzte Asyl derjenigen, die für die Freiheit leiden mussten“. Und weiter heisst es, dass Italien, stolz auf seine neuen Geschicke, die Bande der Freundschaft mit der benachbarten Eidgenossenschaft zu verstärken wünsche. — Solche amtliche Erklärungen sind weder Phrasen noch Komplimente, sondern aufrichtige und ernste Kundgebungen zwischen befreundeten Regierungen. Im allgemeinen und der Grosszahl nach stehen auch beide Völkerschaften einander freundschaftlich und

sympathisch gegenüber. Beim internationalen Sozialisten-Kongress in Basel („Krieg dem Kriege“) vom 24. November konnte dies in ganz erfreulicher Weise, speziell hinsichtlich des Arbeiterstandes, konstatiert werden. — Möchte nun auch die *Presse*, schweizerische wie italienische, einander wieder wohlwollende und freundschaftliche Gesinnung entgegenbringen und unbegründetes Misstrauen und Empfindlichkeit gegenseitig fernhalten!

Möchte auch im Balkan recht bald die Kriegsfackel erlöschen, das namenlose und grenzenlose Unglück seinem Ende entgegengehen und die streitenden Brüder und Mitmenschen einander wieder die Hand zum Frieden, zur Eintracht und zur Versöhnung reichen!

Dies sind die innigen Wünsche und Bitten eines schlichten Mannes aus dem Volke zum kommenden frohen Weihnachtsfest.

Basel, den 5. Dezember 1912.

Siegfried Krummenacher.

—o—

Wer will den Krieg?

Antwort auf diese Frage gibt die Tatsache, dass folgendes Plakat der «Oesterreichischen Friedensgesellschaft» von der *k. k. Polizeidirektion in Wien* verboten wurde:

Mitbürger!

Die Worte, mit denen Se. Majestät, unser geliebter Kaiser, jüngst in der Thronrede für die Wiederherstellung des Friedens auf dem Balkan eingetreten ist, haben überall freudigen Widerhall gefunden.

Ebenso hat die Erklärung Sr. Exzellenz des Herrn Ministers des Aeussern in der Delegation, die Interessen unseres Vaterlandes auf friedlichem Wege zu wahren, allseits die grösste Befriedigung hervorgerufen. Weiters erklärte Abt Helmers im Heeresausschuss der österreichischen Delegation, dass er als Angehöriger des geistlichen Standes für die Erhaltung des Friedens zwischen Menschen und Staaten einzutreten habe.

Auch die österreichische Friedensgesellschaft will es nicht unterlassen, den bei der gesamten Bevölkerung bestehenden Wunsch nach Vermeidung eines Krieges mit seinen entsetzlichen Folgen offen und klar zum Ausdruck zu bringen.

Schon jetzt sind die Folgen des Balkankrieges bei uns fühlbar. Sie zeigen sich in drückendem Geldmangel, in einem weiteren Fortschritte der Teuerung, in Zahlungseinstellungen, in der Einschränkung der Arbeitsgelegenheiten, in fortwährender Entwertung der Staatspapiere, in der Erhöhung des Zinsfusses. Schon lauert an den Grenzen des Reiches das Gespenst furchtbarer Seuchen und jeder weitere Kriegstag vermehrt die Gefahren von Cholera und Pest.

Wir verkennen keineswegs unsere Pflicht gegenüber dem Vaterlande. Patriotisches Empfinden durchdringt alle Stände. Gut und Blut zu opfern zur Verteidigung des Vaterlandes ist — wenn Rechtsmittel versagen, jeder bereit. Umsomehr aber fühlen wir uns verpflichtet, gegen die Entfesselung der Kriegsfurie, anlässlich der gegenwärtigen Balkanwirren, unsere Stimme laut zu erheben und die Ratgeber der Krone daran zu erinnern:

 Das Volk will keinen Krieg. 

Es will keinen Krieg der *Bauer*, weil nur im Frieden die Landwirtschaft gedeihen kann.